

Der ferne Frieden

Die neuere politische Entwicklung auf Sri Lanka

Teil II: Die Phase der UNP-Regierung (2001-2004)

Von Jakob Rösel

Im ersten Teil der Analyse wurde die Phase von 1994 bis 2001 geschildert (vgl. SÜDASIEN, 2-3/2004, S. 113-117), in der der Friedensprozess bereits erste Rückschläge unter der von der SLFP dominierten Regierung der People's Alliance (PA) (1994-2001) hinnehmen musste. Der vorliegende zweite Teil beschäftigt sich mit dem vorläufig unterbrochenen Verhandlungsprozess zwischen der von der UNP dominierten Regierung der United National Front (UNF) und der LTTE (2001-2004).

Die Unfähigkeit, den Krieg zu gewinnen, die Weigerung, den politischen Preis für eine Friedensregelung zu zahlen, und ein Zögern, sich – gegen die kurzfristigen ethnischen Eigeninteressen – für eine langfristige nationale Wirtschaftspolitik zu entscheiden, haben bis 2001 ein doppeltes „Nein“ gesichert: Das „Nein“ gegen die militärische Eskalation und das „Nein“ gegen ernsthafte Friedensverhandlungen.

Eine neue Macht-konstellation und neue Kalküle

Diese militärischen, politischen und ökonomischen Kalküle und Blockaden gegenüber einem Verhandlungsprozess mussten sich ab dem Zeitpunkt ändern, ab dem die *People's Alliance* (PA) das Monopol über den Entscheidungsprozess und die Regierung verlor. 2001 tritt jener Fall ein, den die *United National Party* (UNP) 1978, bei der Einführung des semi-präsidentiellen System, nicht vorhergesehen hatte: Die PA-Regierung verliert bereits ein Jahr nach den Parlamentswahlen 2000 ihre parlamentarische Mehrheit. Bei kurzfristig angesetzten Neuwahlen

sichert sich demgegenüber die UNP eine knappe Parlamentsmehrheit und stellt die Regierung. Die PA-Chefin und Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunge ist nun zu einer „Kohabitation“ mit der UNP und dem UNP-Premierminister Ranil Wickremasinghe gezwungen. Mit dieser angesichts der Vorgeschichte und Interessen beider Politiker von Anfang an schwierigen Kooperation ändern sich die Stoßrichtung und das Gewicht der drei Verhandlungsblockaden Militär, Politik und Wirtschaft. Die durch ein LTTE-Attentat verletzte und qua Amt und Verwandtschaftsbande auf das Militär gestützte Staatspräsidentin stellt sich gegen Verhandlungen und macht sich einen immer stärkeren Sinhala-Chauvinismus zu eigen. Um einen drohenden Macht- und künftigen Amtsverlust abzuwenden, ist die PA-Vorsitzende und die Staatspräsidentin auch bereit, mit allen Mitteln gegen die UNP-Regierung vorzugehen. Dabei kann sie sich künftig auch auf einen neuen Partner stützen: Die sinhalextrémistische und potentiell außerparlamentarische „Bewegung“ der *Janatha Vimuktasi Peramma* (JVP) hat bei den Neuwahlen jetzt mit neun Prozent der Stimmen 16 Sitze erreicht. Sie bildet jetzt, allerdings mit weitem Abstand, die dritt-

stärkste politische Kraft (L. Saez 2001; M. Salazar 2001).

Gegen die PA und ein zunehmend „imperiales“ Präsidentenamt steht aber die UNP, deren Premierminister Ranil Wickremasinghe bereits während des Wahlkampfes neue Verhandlungsinitiativen versprochen hatte. Innerhalb und hinter der UNP haben sich inzwischen die großen singhalesischen, aber auch indisch-tamilischen und ausländischen Unternehmen organisiert. Ihnen erscheinen die auf Dauer unkalkulierbaren Kosten des Konflikts als untragbar. Sie optieren für eine langfristige, deutlich gesteigerte, nationale und nicht nur singhalesische Wirtschaftspolitik. Diese soll Sri Lanka künftig von einem Paradoxon – relativ gute Wirtschaftsentwicklung bei fortwährendem Bürgerkrieg – in ein Schwellenland und in ein *Newly Industrialising Country* transformieren. An diese Kräfte und an die UNP richten sich darüber hinaus auch die Verhandlungsforderungen und die an Verhandlungen geknüpften Kreditzusagen der internationalen Gemeinschaft.

Politischer Dissens statt Blockaden

Seit Anfang 2002 zeigt sich damit auf Seiten der singhalesischen Gesellschaft und Regierung eine neue Konstellation: An die Stelle einer dreifachen, von der PA-Herrschaft gesicherten, militärischen, politischen und ökonomischen Blockade gegenüber Verhandlungen ist nunmehr ein parteipolitischer und gesellschaftlicher Dissens getreten. Während das Militär, die PA, beziehungsweise deren Vorsitzende Kumaratunge, sowie sinhala-chauvinistische Kräfte Verhandlungen ablehnen – ohne zu wissen, wie der Krieg zu gewinnen ist –, drängen nun Wirtschaftskreise, die UNP und über sie die internationale Gebergemeinschaft massiv auf Verhandlungen. Während das Militär und gängige militärische Lageeinschätzungen Verhandlungen blockierten, versuchen die Wirtschaft und veränderte wirtschaftliche Kalküle einen Verhandlungsweg zu öffnen. Allerdings wird die entscheidende parteipolitische Verhandlungsblockade bislang nicht überwunden: Jedwede überzeugende und abgesicherte Friedenslösung bedarf einer Verfassungsänderung und damit einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Solange die PA sich an Verhandlungen nicht direkt beteiligt und diese Mehrheit verhindert, bleibt jede Verhandlungslösung provisorisch und unwahrscheinlich. Vor dem Hintergrund einer militärischen Pattsituation und einer fortdauernden politischen Blockade, aber angetrieben von neuen ökonomischen Kalkülen und unter internationalem Druck, setzen seit 2002 neue Entwicklungen ein (M. Weiberg 2003).

Bereits im Februar 2002 schließt die UNP-Regierung mit den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) einen unbefristeten Waffenstillstand. Obwohl er durch verschiedene, insbesondere von der singhalesischen Marine provozierte, Angriffe gefährdet wurde, hält er bis heute an. Zwei Jahre des Waffenstillstandes ermöglichen es der LTTE, ihre de facto-Kontrolle über weite Gebietsteile im Norden nicht nur auszubauen und zu bürokratisieren, sondern sie in ihren eigenen Augen und denjenigen der Tamilen zu legalisieren. Im Kern und vor Ort ist damit ein effizienter und quasi-offizieller Separatstaat entstanden. Im August 2002

kann die UNP gegen den Widerstand der Staatspräsidentin auch den Rahmen für Verhandlungen festlegen. Diese Verhandlungen werden möglich, weil die UNP, im Gegensatz zur PA, endlich bereit ist, die drei grundlegenden Vorbedingungen der LTTE zu erfüllen: Tamilen und Singhalesen treten als zwei gleichrangige Nationalitäten in die Verhandlungen ein, die Verhandlungen finden auf neutralem Boden statt und die UNP ist in den Verhandlungen mit prominenten Regierungspolitikern vertreten. Die Verhandlungen zielen auf die Etablierung einer von der LTTE dominierten Interimsregierung im Norden und Osten und auf den Entwurf eines Friedensplanes. Zwischen September 2002 und März 2003 finden sechs Verhandlungsrunden im Ausland statt. Zwar kommt es zu einer Annäherung der Standpunkte, zu gemeinsamen Absichtserklärungen, zur Bildung dreier spezialisierter Verhandlungsausschüsse und zu einer internationalen „Sri Lanka Monitoring Mission“, es kommt aber nicht zum entscheidenden Übergang, zur Einigung auf und zur Etablierung einer Übergangsregierung (M. Weiberg 2003: 41-49).

Anfang April 2003 kündigt die LTTE vielmehr die Gespräche auf. Beide Seiten wollen aber den Verhandlungsprozess zunächst nur unterbrechen, sie halten ihn für irreversibel und schließen eine Ankündigung des Waffenstillstandes aus. Im Oktober, nach einem LTTE-Versuch zu neuen Verhandlungen, versucht die Staatspräsidentin, die UNP-Regierung zu entmachten. Die seitdem einsetzende Machtkonfrontation zwischen PA und UNP führt Anfang Februar 2004 zur Parlamentsauflösung und zur Ankündigung von Neuwahlen. Vor allem aber machen die Interventionen und innenpolitischen Blockaden eine erneute Verhandlungsaufnahme unmöglich. Eine Analyse dieser innersinghalesischen Machtkalküle, Intrigen und Parteienkonkurrenz setzt aber zunächst eine Darstellung der Verhandlungsmotive, also der Stärken, ebenso wie der Schwächen der LTTE, voraus.

Stärken und Schwächen der LTTE

Während die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf einen islamistischen Terror gerichtet war, verwandelte sich die LTTE während der 90er Jahre zu einer der weltweit effektivsten Terrororganisationen. Sie ist vermutlich die erste Terrororganisation, die ihrem konventionellen, staatlich organisierten Gegner an Finanzstärke, globaler Reichweite und Organisationskompetenz bei weitem überlegen ist (P. Chalk 2000).

In den 1990er Jahren stützt sich die LTTE auf ein weltweites Netz von Geschäftsverbindungen, Spendeneinnahmen und Hilfsorganisationen. In diesem Netzwerk spielen die einflussreichen tamilischen Diasporagruppen eine Schlüsselrolle. Das von Velupillai Prabhakaran dominierte *Central Governing Committee* umfasst und kontrolliert eine äußerst professionelle, wenn auch geheime militärische und administrative, politische Kommandostruktur. Auf der militärischen Seite existieren die amphibischen Streitkräfte, die „Seetiger“, angeführt von Soosai, die Luftstreitkräfte, die „Luft-raumtiger“, angeführt von Shankar, sowie eine Elite(Infanterie)gruppe, das *Charles Anthony Regiment*, geführt von Balraj. Dazu kommen die Selbstmordkommandos, die „schwarzen Tiger“, angeführt von Pottu Amman und ein Geheimdienst. Daneben treten die politischen und administrativen Befehlsstrukturen: Das *Political Office* wird vom Tamil Chelvam angeführt, dem allerdings der Ideologe der Bewegung und politische Berater Prabhakarans, Anthony Balasingam, übergeordnet ist. Zum *Central Governing Committee* zählt auch das von V. Manoharan geleitete „Internationale Sekretariat“. Das „Internationale Sekretariat“ ist verantwortlich für die Leitung jenes globalen Netzwerkes, dem die Terrororganisation in erster Linie ihre Finanzierung und ihre militärische, ebenso wie politische Effizienz verdankt. Das Sekretariat ist mithin mit den Aufgaben der Propaganda, verantwortlich V. Manoharan, des „Fundraising“ und der Waffenbeschaffung – verantwortlich Tharmalingam alias Kumaran Pathmanathan (K.P.) – befasst. In allen drei Aufgabengebieten kann sich das Sekretariat

auf eine Fülle von Unterorganisationen, Allianzpartnern, oft ahnungslosen Nichtregierungsorganisationen, eigenen Hilfswerken, Briefkastenfirmen und Geschäftsfreunden stützen. Manoharan steht einer quasi-diplomatischen LTTE-Organisation vor, die in mindestens 54 Ländern, darunter nahezu alle OECD-Länder, offizielle Büros, Informationszentren und Internetdienste unterhält. Diese höchst professionellen, wenn auch einseitigen Informationsdienstleister und Mobilisierungsinstitutionen haben es seit langem geschafft, in den angelsächsischen Ländern, vor allem in den USA, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen für ihre Anliegen zu gewinnen. Auch nachdem die LTTE, seit 2000, auf die Liste der verbotenen internationalen terroristischen Organisationen gesetzt wurde, konnte das Sekretariat dieses Verbot mit Hilfe alter und neuer Parallelorganisationen unterlaufen. Entscheidend ist aber ein Finanzierungsnetzwerk, das seine Einnahmen im Wesentlichen aus den USA, Großbritannien, Kanada, Australien, der Schweiz und den skandinavischen Ländern bezieht. Direkte Zwangsabgaben, Spenden an tamilische Hilfswerke, die Organisation von Lotterien und Versteigerungen finanzieren die Kriegsanstrengungen der LTTE. Die Grundlage für diese Zahlungspflichten hat die LTTE von Anfang an gelegt: In den betreffenden Ländern operiert die LTTE als eine „ethnische“ Unterstützungsorganisation, die asylsuchenden oder illegalen Tamilen bei der Wohnungs- und Jobsuche hilft, sie vor Gericht berät und ihnen die notwendigen (gefälschten) Dokumente verschafft. In welchem Umfang sich die LTTE durch den Drogenhandel zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen hat, bleibt unbestimmbar. Es ist aber aufschlussreich, dass V. Manoharan in Frankreich zwei Jahre wegen Heroinbesitzes inhaftiert war. Während dieser Zeit finanzierte die (französische) LTTE-Organisation den Unterhalt seiner Familie.

In Kanada und in den USA reicht der LTTE-Einfluss weit. Um gegen ihr Verbot in den USA gerichtlich vorzugehen, konnte sich die LTTE die Dienste eines angesehenen, von einem ehemaligen Justizminister geführten Anwaltsbüros sichern – Ramsey Clark war *Attorney Ge-*

neral in der L.B. Johnson-Regierung gewesen. Nachdem in Kanada der Herausgeber einer tamilischen Zeitung, die sich durch Anzeigen der lokalen tamilischen Geschäftsleute finanzierte, die Politik der LTTE vorsichtig kritisiert hatte, musste seine Zeitung den Konkurs anmelden: Kein Tamile war mehr bereit, in seinem Blatt eine Anzeige zu platzieren.

Internationale Waffenkäufe der LTTE

Die vom „Internationalen Sekretariat“ weltweit erhobenen Abgaben finanzieren die Waffenkäufe der LTTE. In all jenen Zonen, wo schwache oder zerfallene Staaten, und entsprechend große und billige Waffendepots, eine laxen Verwaltung, Warlords oder korrupte Politiker zu finden sind, können während der 1990er Jahre Waffenkäufe der LTTE nachgewiesen werden. Die LTTE kauft Waffen in Kambodscha und Birma, in der Ukraine, in Bulgarien, in der Türkei, in Zypern und im Libanon. Sie kauft Waffen in Nigeria, Zimbabwe und Südafrika (*Herald Tribune* 10.3.1998).

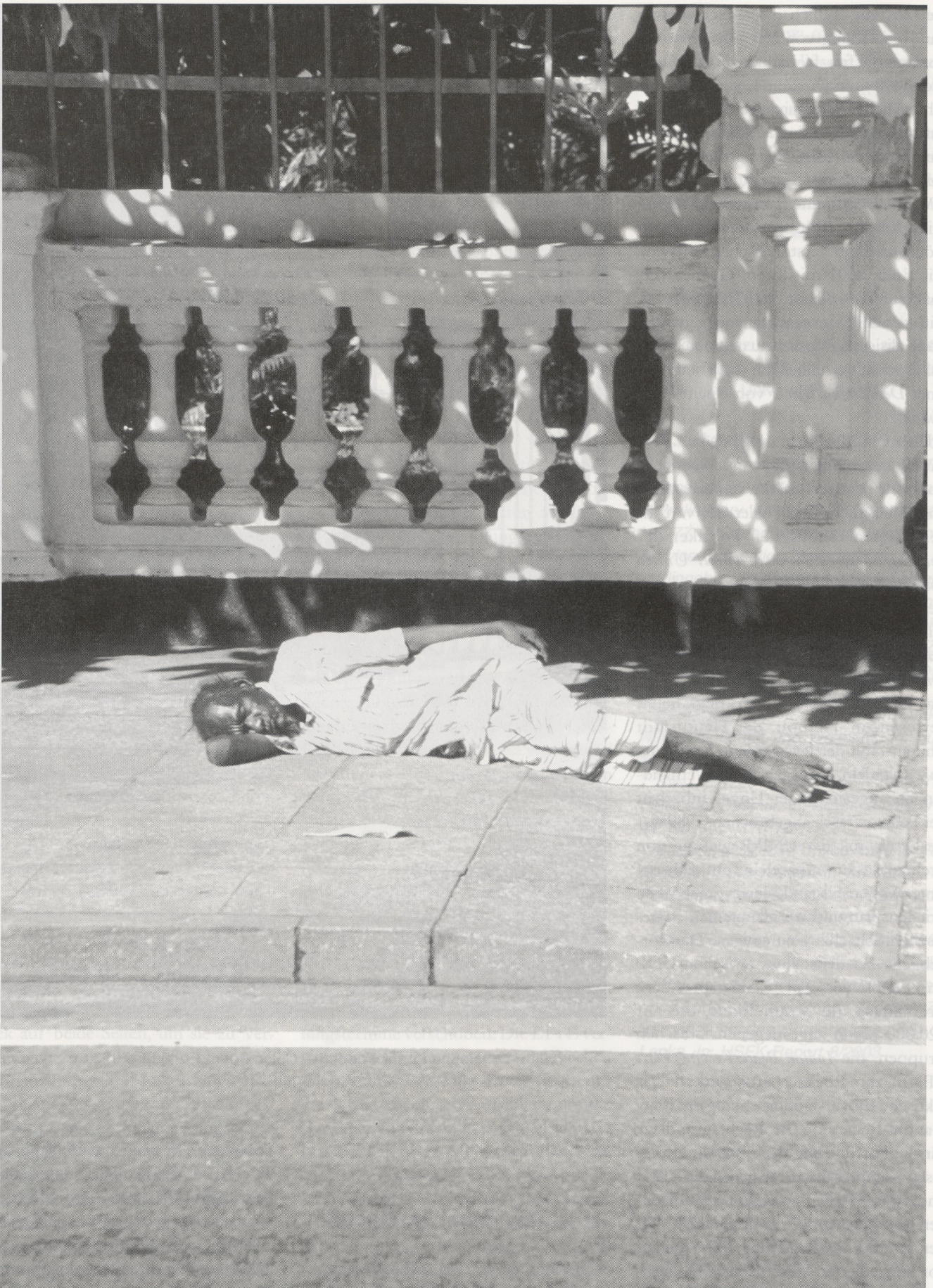
Kumara Pathmanathan - K. P. - ein Mann mit einem Dutzend verschiedener Namen und einem Kopfgeld von 500.000 Dollar, steht im Zentrum dieser Waffenkäufe und Waffentransporte. Das schattenhafte K.P. Department erwirbt in Kambodscha oder Birma von korrumpierbaren Warlords und Generälen die entsprechenden Waffen. Es legt (gefälschte) Abnehmerzertifikate vor und agiert vermeintlich im Auftrag von in Dhaka, Singapur oder Hongkong eingeschriebenen Handelsfirmen. Sowohl in Birma wie in Thailand unterhält die LTTE in kleinen Küstenstädten „Zellen“, die für den Weitertransport sorgen. Entscheidend aber ist, dass die LTTE inzwischen über eigene Handelsschiffe verfügt, deren Zahl auf mindestens zehn geschätzt wird. Sie sind auf „Pan-Ho-Lib“ – Panama, Honduras, Liberia – eingetragen; sie sind nicht in öffentlichen Schiffs(versicherungs-)registern aufgeführt und wechseln beständig ihre Namen. Im Besitz von Scheinfirmen aus Singapur, Malaysia und Bangladesch transportieren sie überwiegend normale Fracht. Sie sind allerdings schwer bewaffnet und im Einzelfalle werden sie

für Waffentransporte zur Jaffna-Halbinsel und an die Ostküste eingesetzt. Fern der Küste werden dann die Waffen in kleine Schnellboote umgeladen und in die Stellungen der LTTE gebracht. Mit Hilfe dieses Netzwerkes ist es dem K. P. Department gelungen, SAM-7-Raketen aus Kambodscha, „dual-use“-Geräte aus Singapur, 60 Tonnen RDX- und TNT-Sprengstoff aus der Ukraine sowie Munition und Schnellfeuerwaffen aus dem Mittleren Osten zu importieren.

Wie weit dieses Konten-, Firmen- und Transportnetzwerk reicht, zeigt eine Begebenheit vom Mai 1997: Das singhalesische Verteidigungsministerium hatte zu diesem Zeitpunkt über die (Waffen)Handelsfirma L.B.J. *Military Supplies* des Israeli Ben Tsoi den Kauf von 32.000 Mörsergranaten (Kaliber 81 Millimeter) angebahnt. Die Firma hat schließlich in Zimbabwe diese Mörsergranaten im Wert von drei Millionen Dollar bei den von China errichteten *Zimbabwe Defence Industries* gekauft. Die Granaten werden im Güterzug nach Mosambik transportiert und im Hafen Beira in das griechische Frachtschiff *Stillus Limassul* verladen. Am 11. Juli 1997 erreichte jedoch das folgende Fax die amerikanische Botschaft in Colombo:

„We, the Tamil Tigers, inform you by the present that on 11 July 1997 we have hijacked a vessel carrying arms destined for Colombo. We know that the manufacturer and the supplier of the mortar bombs is ZDI from Harare. The cargo (has been) confiscated. We make known and warn that we will take action against all persons participating in the supply of military equipment used against the legitimate rights of Tamil people and we will severely punish those concerned.“ (P. Chalk 2000: 1-2).

Nachträgliche Untersuchungen zeigten, dass die *Stillus Limassul* nicht gekapert worden war. Sie war von Anfang an im Besitz der LTTE, auf ihr dienten, wie auf allen LTTE-Schiffen, tamilische Seeleute aus Velvititturai, dem Heimatort Prabhakarans und das LTTE-Schiff war, mit oder ohne Wissen des israelischen Waffenhändlers dem ahnungslosen Verteidigungsministerium „untergeschoben“ worden. Als das Fax eintraf, waren die Granaten bereits auf Schnellboote umgeladen und in die Dschungelbunker der LTTE geschafft worden. Die 32.000 Granaten sollten der singhalesischen Ar-



Pavement Dweller - Alltägliche Armut in Colombo.
(Foto: Jürgen Clemens)

mee helfen, endlich die entscheidende Landverbindung von Vavuniya zum eroberten Jaffna freizukämpfen. Einen Monat später wurden sie jedoch mit schrecklicher Wirkung gegen die mangelhaft ausgerüsteten singhalesischen Rekruten eingesetzt (Interview mit K. Ganesh, *Government Agent Vavuniya*, 9.11.1998).

Weshalb will eine Terrororganisation mit globaler Reichweite und einem Höchstmaß an zerstörerischer Effizienz seit Ende 2001 mit ihrem Gegner verhandeln? Weshalb ist die LTTE jetzt bereit, statt der Sezession mit einer genuinen Föderalisierung Vorlieb zu nehmen? Weshalb spricht sie schließlich sogar statt von einer *Devolution of Power* von einem *Power Sharing*?

Über fast 20 Jahre hinweg hat die LTTE darauf bestanden, immer nur aus einer Position (relativer) Stärke zu verhandeln und dabei nicht den Fehler der von ihr verachteten tamilischen Politiker der *Federal Party* (FP) und *Tamil United Liberation Front* (TULF) zu machen, durch Verhandlungen betrogen und diskreditiert zu werden, wie etwa mittels des *Bandaranaike-Chevanayakam Pact* oder des *Senanayake-Chevanayakam Pact*. Die LTTE war zu Beginn des Bürgerkriegs bereit gewesen, in Thimpu, der Hauptstadt Bhutans, mit der Jayawardene-Regierung zu verhandeln, aber sie hatte die Verhandlungen angesichts der Unvereinbarkeit der Position rasch abgebrochen. 1989 war sie bereit, mit der UNP-Regierung von Premadasa zu verhandeln, um sich auf einen Waffenstillstand, einen vorgeblichen Friedensplan und vor allem einen strategischen Schachzug zu einigen: Der vorgebliche Friedensschluss zwischen UNP und LTTE verschaffte Staatspräsident Premadasa die Möglichkeit, die auf 120.000 Mann angestiegenen indischen Truppen, die *Indian Peace Keeping Force* (IPKF), zum Rückzug aufzufordern. Das taktische Einverständnis entzog der Rajiv Gandhi-Regierung die Rechtsgrundlage für die Fortführung des ohnehin erfolglosen Kampfes der IPKF gegen die LTTE und zwang Indien zu einem demütigenden Rückzug. April 1995 bricht die LTTE den von der PA-Regierung 100 Tage zuvor konzidierten Waffenstillstand, nachdem deutlich wird, dass die PA nicht bereit ist, die drei genannten Verhandlungsbedingungen zu erfüllen (J. Rösel 1997:



Hoffnung auf Frieden – Colombo im Frühjahr 2003.
(Foto: Jürgen Clemens)

186, 329, 362).

LTTE – Staat im Staat?

In Konsequenz der Aufkündigung des Waffenstillstandes und der 1996 vollzogenen ergebnislosen singhalesischen Eroberung Jaffnas ist aber über sechs Jah-

re hinweg eine neue Situation entstanden: Die LTTE kontrolliert außerhalb von Jaffna-Stadt und nördlich des singhalesischen Armeestützpunktes Vavuniya de facto einen Separatstaat. Die Drohung verheerender Selbstmordattentate schützt diesen quasi-Staat und macht es der LTTE möglich, hier eine zunehmend bürokratische Parallel- und Schat-


tenregierung zu errichten. Im Rahmen neuerlicher Verhandlungen muss die LTTE deshalb zunächst nichts verlieren. Vorbedingung für Verhandlungen ist darüber hinaus ein Waffenstillstand. Mit einem solchen Waffenstillstand gehen aber Erleichterungen des Personen- und Handelsverkehrs sowie die Rücknahme bestimmter Kontrollen und Kontrollpunkte einher. Diese Erleichterungen können die Popularität und die Herrschaft der LTTE nur fördern. Die LTTE hat, um die Glaubwürdigkeit neuer Verhandlungen und den Stellenwert ihrer Organisation zu erhöhen, ausländische Vermittler, *Facilitators*, gefordert beziehungsweise akzeptiert. Nicht die PA-Regierung, wohl aber die neue UNP-Regierung nimmt das Angebot Norwegens, die Rolle eines solchen Vermittlers zu übernehmen, frühzeitig an. Die UNP muss auch nach ihrer Amtseinführung gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft deutlich machen, dass sie nicht nur zu einem eindeutigen Waffenstillstandsangebot bereit ist, sondern zu Verhandlungen kommen will. Voraussetzung für diese Verhandlungen ist die Akzeptanz der drei Vorbedingungen der LTTE. Diese werten die Stellung der Organisation weiterhin auf. Die LTTE kann damit aus einer Stellung der lokalen, innenpolitischen und militärischen Stärke heraus in den Waffenstillstand eintreten und die Verhandlungen vorbereiten.

Die LTTE steht aber auch unter internationalem Druck: 2000 wurde sie in den USA auf die Liste der verbotenen internationalen terroristischen Organisationen gesetzt. Nach dem Angriff vom 11. September 2001 wird dieses Verbot von vielen anderen OECD-Ländern übernommen. Zugleich erhöhen die USA den Druck auf beide Seiten, um sie zu Verhandlungen zu bewegen. Um glaubwürdig, finanzkräftig und militärisch effektiv zu bleiben, ist die LTTE auf ein globales Propaganda-, Finanzierungs- und Rüstungsnetzwerk angewiesen. Sie kann versuchen, ein weitreichendes Verbot ihrer Aktivitäten innerhalb der OECD-Welt mit Hilfe von Front- und Parallelorganisationen zu unterlaufen, aber die Fortsetzung ihrer Kampfes wird schwieriger. Hinzu kommt, dass die Perspektive auf Verhandlungen die LTTE endgültig zwingt, zu einer lange Zeit aufgeschobenen

Frage Stellung zu nehmen: Kann gegen den Widerstand Indiens und der USA auf der Insel jemals ein international anerkannter Separatstaat durchgesetzt werden? Oder soll die de facto-Sezession durch eine Föderalisierung oder durch eine „asymmetrische Autonomielösung“ – etwa nach spanischem Vorbild – kassiert, konsolidiert und legitimiert werden?

Eine innenpolitische, militärische Stärke und eine drohende internationale, organisatorische Schwäche lassen die LTTE in Verhandlungen eintreten. Die Verhandlungen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass sie von der LTTE dann unterbrochen werden, wenn diese fürchtet, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Das muss dann geschehen, wenn die singhalesische Seite, wie so oft zuvor, auf Zeit spielt; wenn sie legalistische und konstitutionelle Schwierigkeiten aufhäuft; wenn sie durch Verhandlungsbereitschaft lediglich kurzfristig dem Druck der internationalen Gemeinschaft auszuweichen versucht; schließlich, wenn keine Bereitschaft und keine Chance besteht, dass die beiden großen Parteien gemeinsam eine Lösung mittragen. Den entscheidenden Durchbruch bringen schließlich die Gespräche im August 2002. Die UNP-Regierung ist jetzt, gegen den Widerstand des Militärs sowie der Staatspräsidentin bereit, das Verbot der LTTE vorläufig aufzuheben – das entspricht einer Grundforderung der LTTE. Zugleich werden die ersten Verhandlungsrunden im Ausland, in Thailand, festgelegt. Während der sechs Verhandlungsrunden zwischen September 2002 und März 2003 wird zwar eine Annäherung der Positionen erreicht, aber Kernforderungen der LTTE werden nicht erfüllt und auf künftige Verhandlungstermine verschoben. Die LTTE verlangt einen Rückzug der singhalesischen Truppen aus den *High Security Zones* auf der Jaffna-Halbinsel; vorgeblich, um die Rückkehr von Flüchtlingen zu erleichtern. Das singhalesische Militär befürchtet die Infiltration von LTTE-Kämpfern. Die LTTE protestiert, einigermaßen überraschend gegen die „exzessive Internationalisierung“ der Verhandlungen: Die norwegischen *Facilitators* haben inzwischen nicht nur die Rolle von Mediatoren übernommen; in zunehmendem Maße üben internationale Hilfswerke Kritik daran,

dass die LTTE weiterhin Kindersoldaten rekrutiert und den Waffenstillstand dazu nutzt, unliebsame politische Konkurrenten zu liquidieren (M. Weiberg 2003: 46).

Dieser Beitrag wird in SÜDASIEN 1-2005 mit Teil III zum Streit um die Interimsregierung im Norden und Osten sowie dem inner-singhalesischen Machtkampf bis hin zum Coup der Staatspräsidentin Kumaratunge fortgesetzt. 

► **Zum Autor:** Jakob Rösel ist Professor für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

► **Literatur:** Chalk, P. (2000): *Liberation Tigers of Tamil Eelam's (LTTE) International Organization and Operations – Preliminary Analysis*, in: *Commentary No. 77. A Canadian Security Intelligence Service Publication* (www.fas.org)

Klingebiel, St./Rösel, J. (1999): *Hauptbericht zur Evaluierung "EZ-Wirkungen in Konfliktsituationen"*, Fallstudie Sri Lanka, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn (unveröffentlichtes Manuskript)

Kumaratunge, Ch. (1995): *Sri Lanka. Neue Regierung und Weltbank*, in: *Südasiens*, Nr. 4-5, S. 21-23

Sáez, L. (2001): *Sri Lanka in 2000. The Politics of Despair*, in: *Asian Survey*, Vol. 41, No. 1, S. 116-121

Salazar, M. (2001): *United National Party gewinnt die Wahlen in Sri Lanka*, in: *Politischer Kurzbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung* (www.kas.de)

The Economist International Unit (1987, 2001): *Country Profile. Sri Lanka*, London

Weiberg, M. (2003): *Friedensprozess ohne Ende – Am Ende ohne Frieden? Zur Verhandlung des Bürgerkrieges auf Sri Lanka*, in: *HSFK-Report 8/2003*